

orell füssli

Robert Gallmann
Andreas Gersbach



Repetitorium Wettbewerbsrecht

3., überarbeitete Auflage

Gallmann, Gersbach

Wettbewerbsrecht

Robert Gallmann / Andreas Gersbach

Repetitorium Wettbewerbsrecht

Kurz gefasste Darstellung mit
Schemata, Übungen und Lösungen

3., überarbeitete Auflage

orell füssli
verlag

3., überarbeitete Auflage 2023
Orell Füssli Verlag, www.ofv.ch

Allfällige nachträglich bekannt gewordene Fehler werden in einer Korrigenda publiziert unter
www.ofv.ch/505097/

© 2023 Orell Füssli AG, Zürich

Dieses Werk ist urheberrechtlich geschützt. Nachdruck, Übersetzung oder Vervielfältigung auf anderen Wegen sowie elektronische Speicherung und Wiedergabe bleiben vorbehalten, auch bei nur auszugsweiser Verwertung wie Entnahme von Abbildungen und Tabellen. Soweit Vervielfältigungen des Werks oder Teilen davon im Einzelfall und in den Grenzen der Bestimmungen des Urheberrechtsgesetzes zulässig sind, sind diese grundsätzlich vergütungspflichtig. Zuwiderhandlungen werden straf- und zivilrechtlich verfolgt.

Umschlagabbildung: Andreas Zollinger, Zürich

ISBN 978-3-280-07199-1 Print
ISBN 978-3-280-09482-2 E-Book

Die Deutsche Nationalbibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet unter www.dnb.de abrufbar.

Die Repetitorien Recht basieren auf einem Lernkonzept, das durch die erfahrenen Lehrmittel-spezialisten der Compendio Bildungsmedien entwickelt wurde. Die Reihe will und kann nicht Ersatz für die Vorlesung, das Studium der einschlägigen Literatur und die Auseinandersetzung mit der Gerichtspraxis sein, sondern ist lediglich als Ergänzung dazu gedacht.

Im Vordergrund stehen folgende Ziele:

- Repetition vor Prüfungen: Die systematische Kurzdarstellung des Stoffs wird ergänzt mit zahlreichen Beispielen, Grafiken, Verweisen auf die Gerichtspraxis (zum Teil mit Kurzbeschreibungen) sowie Übungsfällen mit Lösungsskizzen.
- Evaluation von allfälligen Wissens- und Verständnislücken, die dank Verweisen auf die Fachliteratur zielgerichtet geschlossen werden können.
- Vorbereitung auf Vorlesungen, Literaturstudium und Arbeit an Falllösungen dank kurzem, klar strukturiertem Überblick.

Wettbewerb bedeutet, dass verschiedene Anbieter sich miteinander messen und um die Gunst der Marktgegenseite werben, was zu einem vielseitigen Angebot, tiefen Preisen und Innovationen führt. Die Nachfrager haben die freie Wahl, sich für das beste Angebot zu entscheiden, und sorgen dafür, dass nur die besten Anbieter überleben. Der Marktwirtschaft wohnt deshalb etwas zutiefst Demokratisches inne.

So mächtig der Wettbewerb sein kann, so verletzlich ist der Wettbewerb auch; er muss gegen unverhältnismässige staatliche Eingriffe verteidigt und vor widerrechtlichen Wettbewerbsbeschränkungen bzw. -verfälschungen Privater geschützt werden. Dem Wirtschaftsverfassungsrecht im Allgemeinen und dem Wettbewerbsrecht (verstanden als Kartellrecht, Lauterkeitsrecht und weitere Erlasse) im Speziellen kommt deshalb eine wesentliche makroökonomische Bedeutung zu.

Die Globalisierung der Weltwirtschaft sowie die Privatisierung und Liberalisierung bis anhin staatlich regulierter Märkte haben den Wettbewerb seit Ende des Kalten Kriegs weltweit und auch in der Schweiz signifikant erhöht. Entsprechend hat das Wettbewerbsrecht an Bedeutung gewonnen und durchdringt heute nahezu alle Bereiche des wirtschaftlichen Lebens. Dieser Trend zur Verschärfung des Wettbewerbsrechts ist ungebrochen, was sich in einer steigenden Anzahl von Gesetzen, Verordnungen, Empfehlungen und Bekanntmachungen und einer umfangreichen Rechtsprechung niederschlägt.

Das vorliegende Werk, das in der 3. Auflage diese Rechtsetzung und -sprechung bis Januar 2023 berücksichtigt, will der Leserin und dem Leser einen Überblick über diese komplexe Materie schaffen und Studierenden sowie Kandidierenden für die Anwaltsprüfung einen raschen Zugang zum prüfungsrelevanten Stoff ermöglichen. Darüber hinaus ist das Werk auch für praktizierende Juristinnen und Juristen sowie interessierte Laien geeignet.

Aus Gründen der besseren Lesbarkeit wird für sämtliche Personenbezeichnungen, die für beiderlei Geschlecht gelten, die männliche Form verwendet.

Die Verfasser danken an dieser Stelle Dr. iur. Guido Sutter, ehemaliger Leiter Rechtsabteilung Wettbewerbsrecht des Staatssekretariats für Wirtschaft (SECO), Blaise Sanglard, stellvertretender Leiter Internationales Wirtschaftsrecht SECO, Philippe Barman, Leiter Gruppe UWG des SECO, Dr. iur. Christoph Tagmann, Rechtsanwalt und ehemaliger Mitarbeiter der Wettbewerbskommission, für ihre wertvollen Anregungen und Kommentare und schliesslich Herrn cand. iur. Raphael Hammer (Zürich) für seine sorgfältige und professionelle Mitarbeit bei der Aktualisierung der 3. Auflage dieses Werks.

Die Autoren sind dankbar für Hinweise auf allfällige Fehler oder missverständliche Ausführungen. Diese sind zu richten an den Verlag: jusmedien@orellfuessli.com

Zürich, Juni 2023

Robert Gallmann, Andreas Gersbach

Inhaltsübersicht

Vorwort	5
Inhaltsübersicht	6
Inhaltsverzeichnis	7
Abkürzungsverzeichnis	13
Literaturverzeichnis	19
1. Teil Einführung in das Wettbewerbsrecht	21
2. Teil Kartellrecht	34
3. Teil Lauterkeitsrecht	104
Lösungen	157
Stichwortverzeichnis	173

Inhaltsverzeichnis

Vorwort	5
Inhaltsübersicht	6
Inhaltsverzeichnis	7
Abkürzungsverzeichnis	13
Literaturverzeichnis	19
1. Teil Einführung in das Wettbewerbsrecht	21
A Verfassungsmässige Grundlagen	21
1 Übersicht	21
1.1 Wieso Wettbewerb?	21
1.2 Wettbewerbspolitik der Schweiz	22
2 Wettbewerbsrelevante Grundrechte	24
2.1 Wirtschaftsfreiheit	24
2.2 Vertragsfreiheit/Privatautonomie	24
2.3 Eigentumsgarantie	24
2.4 Vereins- und Koalitionsfreiheit	24
2.5 Niederlassungsfreiheit	25
2.6 Presse- und Meinungsäusserungsfreiheit	25
3 Grundlagen des Wettbewerbsrechts	25
3.1 Wettbewerbsrecht als Teil des Wirtschaftsrechts	25
3.2 Bundesverfassung	26
B Übersicht über die wettbewerbsrechtlich relevanten Erlasse	26
1 Kartell- und Lauterkeitsrecht	26
1.1 Übersicht	26
1.2 Verhältnis Kartellrecht – Lauterkeitsrecht	26
2 Preisüberwachungsgesetz (PüG)	27
2.1 Übersicht	27
2.2 Verhältnis Kartellgesetz – Preisüberwachungsgesetz	27
3 Binnenmarktgesetz (BGBM)	27
3.1 Übersicht	27
3.2 Verhältnis Wirtschaftsfreiheit – Binnenmarktgesetz	28
4 Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen (BöB)	28
4.1 Übersicht	28
4.2 Verhältnis zum Kartellrecht	29
5 Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse (THG)	29
5.1 Übersicht	29
5.2 Verhältnis zum Kartellrecht	29
6 Konsumenteninformationsgesetz (KIG)	29
6.1 Übersicht	29
6.2 Verhältnis zum Lauterkeitsrecht	30
7 Immaterialgüterrecht	30
7.1 Übersicht	30
7.2 Verhältnis zum Kartellrecht	30
7.3 Verhältnis zum Lauterkeitsrecht	30

8	Koordiniertes Zusammenwirken der wettbewerbsrelevanten Erlasse im Sinne einer ganzheitlichen Wirtschaftspolitik	31
C	Zusammenfassung	31
D	Übungen	32
2. Teil Kartellrecht		34
A	Grundlagen	34
1	Begriffe	34
1.1	Entstehungsgeschichte	34
1.2	Missbrauchs- und Verbotsprinzip	34
1.3	Rechtsnatur des Kartellrechts	35
2	Allgemeine Bestimmungen	35
2.1	Zweck des Kartellgesetzes	35
2.2	Geltungsbereich	35
2.3	Verhältnis zu anderen Gesetzen	37
B	Wettbewerbsabreden	38
1	Begriffe	38
1.1	Der Wettbewerb	38
1.2	Der wirksame Wettbewerb	38
1.3	Der relevante Markt	39
1.4	Exkurs «Elastizität»	40
1.5	Interbrand- und Intra-brand-Wettbewerb	40
1.6	Horizontale und vertikale Wettbewerbsabreden	41
1.7	Exkurs: Hochpreisinsel Schweiz und Parallelimporte	42
2	Wettbewerbsabreden im Besonderen	42
2.1	Vereinbarungen oder aufeinander abgestimmte Verhaltensweisen	42
2.2	Mindestens zwei Unternehmen	44
2.3	Bezwecken oder Bewirken einer Wettbewerbsbeschränkung	44
3	Konzept des Kartellgesetzes – Systematik	45
4	Beseitigung des Wettbewerbs	46
4.1	Horizontale Wettbewerbsabreden («harte Kartelle»)	46
4.2	Vertikale Wettbewerbsabreden	48
5	Erhebliche Beschränkung des Wettbewerbs	50
5.1	Horizontale Wettbewerbsabreden	50
5.2	Vertikale Wettbewerbsabreden	53
6	Gerechtfertigte Arten von Wettbewerbsabreden	54
6.1	Allgemeines	54
6.2	KMU-Bekanntmachung	55
6.3	Vertikalbekanntmachung	56
6.4	Sportartikel-Bekanntmachung	57
6.5	Kalkulationshilfen-Bekanntmachung	57
6.6	KFZ-Bekanntmachung	57
7	Checkliste zur Zulässigkeit von Wettbewerbsabreden	58
C	Missbräuchliche Verhaltensweisen marktbeherrschender und relativ marktmächtiger Unternehmen	58
1	Systematik und Begriffe	58
1.1	Systematik innerhalb des KG	58
1.2	Marktdefinition	59
1.3	Abgrenzung Marktmacht und Marktbeherrschung	59
1.4	Konsolidierte Betrachtung	60
1.5	Relative Marktmacht	60
2	Unzulässige Verhaltensweisen	60

2.1	Grundsatz	61
2.2	Missbräuchlichkeit	61
3	Zulassung aus überwiegenden öffentlichen Interessen	64
3.1	Konzeption	64
3.2	Tatbestandsvoraussetzungen	64
3.3	Verfahren um Zulassung	64
D	Präventive Fusionskontrolle	65
1	Übersicht	65
1.1	Zweck der gesetzlichen Regelung	65
1.2	Begriff des Unternehmenszusammenschlusses	65
2	Meldepflichtige Zusammenschlussvorhaben (Aufgreifkriterien)	67
2.1	Überblick	67
2.2	Schwellenwerte (Aufgreifkriterien)	68
2.3	Meldepflicht	68
3	Beurteilung von Zusammenschlussvorhaben (Eingreifkriterien)	69
3.1	Zweistufiges Prüfverfahren	69
3.2	Eingreifkriterien	69
3.3	Ablauf des Hauptprüfungsverfahrens	70
3.4	Wiederherstellung wirksamen Wettbewerbs bei Widerhandlung	71
4	Ausnahmsweise Zulassung aus überwiegenden öffentlichen Interessen	71
E	Rechtsschutz und Verfahrensrecht	72
1	Überblick: Verfahrensarten	72
2	Zivilrechtliches Verfahren	72
2.1	Anspruchsberechtigung	73
2.2	Die einzelnen zivilrechtlichen Ansprüche	73
2.3	Zuständigkeit und Verfahren	74
2.4	Vorlage an die WEKO	75
3	Verwaltungsrechtliches Verfahren	76
3.1	Untersuchung von Wettbewerbsbeschränkungen	76
3.2	Prüfung von Unternehmenszusammenschlüssen	78
3.3	Rechtsschutz im Verwaltungsverfahren	78
4	Verwaltungs- und Strafsanktionen	79
4.1	Überblick	79
4.2	Verwaltungssanktionen	79
4.3	Strafsanktionen	81
4.4	Wettbewerbsbehörden	81
F	Internationales und Europäisches Kartellrecht	82
1	Internationales Kartellrecht	82
1.1	OECD-Empfehlungen	82
1.2	Recht der WTO	83
2	Kartellrecht der EU	83
2.1	Übersicht	83
2.2	Verbot von wettbewerbsbeschränkenden Abreden (AEUV 101)	84
2.3	Missbrauchsverbot für marktbeherrschende Unternehmen (AEUV 102)	88
2.4	Die Fusionskontrolle (FKVO)	90
2.5	Die europäischen Wettbewerbsbehörden	92
G	Zusammenfassung	93
H	Ausblick – de lege ferenda	93
1	Übersicht	93
2	Neue Rechtsinstitute im Kartellgesetz 2004	94
2.1	Testphase	94

2.2	Evaluation	94
2.3	Verbesserungsbedarf und Gesetzesrevisionen	94
3	Exkurs: Vertikale Absprachen	95
4	Weitere Kritikpunkte	96
I	Übungen	97
3. Teil	Lauterkeitsrecht	104
A	Grundlagen	104
1.1	Entstehungsgeschichte des UWG	104
1.2	Wettbewerbsbegriff des UWG	105
1.3	Rechtsnatur des UWG	105
1.4	Zweck des UWG	105
1.5	Geltungsbereich des UWG	106
1.6	Systematik des UWG	106
B	Die Generalklausel (UWG 2)	107
1	Übersicht	107
1.1	Zweck und Funktion der Generalklausel	107
1.2	Verhältnis von Generalklausel und Spezialtatbeständen	107
1.3	Tatbestandsvoraussetzungen	108
2	Fallgruppen und Praxisbeispiele	109
2.1	Unlauteres Verhalten gegenüber Mitbewerbern	109
2.2	Unlauteres Verhalten gegenüber Kunden	110
C	Die Spezialtatbestände (UWG 3)	112
1	Übersicht	112
2	Bezugnahme auf die Mitbewerber	113
2.1	Herabsetzung (UWG 3 Abs. 1 lit. a)	113
2.2	Nachahmung (UWG 3 Abs. 1 lit. d)	114
2.3	Vergleichende Werbung (UWG 3 Abs. 1 lit. e)	115
2.4	Anlehnung (UWG 3 Abs. 1 lit. e)	117
3	Beeinflussung der Verbraucher	117
3.1	Irreführung (UWG 3 Abs. 1 lit. b)	118
3.2	Unzutreffende Titel und Berufsbezeichnungen (UWG 3 Abs. 1 lit. c)	120
3.3	Lockvogelangebote (UWG 3 Abs. 1 lit. f)	120
3.4	Zugaben (UWG 3 Abs. 1 lit. g)	121
3.5	Verschleierung (UWG 3 Abs. 1 lit. i)	121
3.6	Firmenverzeichnisse oder Anzeigeaufträge (UWG 3 Abs. 1 lit. p und q)	121
3.7	Irreführung im elektronischen Geschäftsverkehr (UWG 3 Abs. 1 lit. s)	122
3.8	Irreführende Gewinnversprechen (UWG 3 Abs. 1 lit. t)	122
3.9	Aggressive Verkaufsmethoden (UWG 3 Abs. 1 lit. h)	123
3.10	Versendung von Massenwerbung (UWG 3 Abs. 1 lit. o)	124
3.11	Schneeball-, Lawinen- oder Pyramidensysteme (UWG 3 Abs. 1 lit. r)	124
3.12	Missachtung des Vermerks «keine Werbung» (UWG 3 Abs. 1 lit. u)	124
3.13	Nichtanzeigen der Rufnummer bei Werbeanrufen (UWG 3 Abs. 1 lit. v)	125
3.14	Informationen durch Verstoss gegen lit. u oder v (UWG 3 Abs. 1 lit. w)	125
3.15	Vorschriften zu Konsumkreditverträgen (UWG 3 Abs. 1 lit. k–n)	125
4	Branchen- oder produktespezifische Vorschriften	126
D	Weitere Tatbestände (UWG 3a–8a)	127
1	Geoblocking (UWG 3a)	128
1.1	Hintergründe	128
1.2	Gesetzgebung in der EU	128
1.3	Fair-Preis-Initiative und Revision des UWG 2021	128

2	Verleiten zur Vertragsverletzung (UWG 4)	128
2.1	Übersicht	129
2.2	Verleiten zur Vertragsauflösung (UWG 4 lit. a und d)	129
2.3	Verrat oder Auskundschaften von Geheimnissen (UWG 4 lit. c)	129
3	Bestechung (UWG 4a)	130
3.1	Übersicht	130
3.2	Aktive Bestechung	130
3.3	Passive Bestechung	131
4	Verwertung fremder Arbeitsergebnisse (UWG 5)	131
4.1	Übersicht	131
4.2	Direkte Vorlagenausbeutung (UWG 5 lit. a)	131
4.3	Indirekte Vorlagenausbeutung (UWG 5 lit. b)	131
4.4	Abkupfern (UWG 5 lit. c)	132
5	Geheimnisverletzung (UWG 6)	132
5.1	Übersicht	132
5.2	Tatbestandsvoraussetzungen	132
6	Nichteinhaltung von Arbeitsbedingungen (UWG 7)	133
6.1	Übersicht	133
6.2	Tatbestandsvoraussetzungen	133
7	Verwendung missbräuchlicher AGB (UWG 8)	133
7.1	Übersicht	133
7.2	Tatbestandsvoraussetzungen	135
7.3	Rechtsfolgen bei Verstoss gegen UWG 8	136
8	Verbot von Paritätsklauseln gegenüber Beherbergungsbetrieben (UWG 8a)	136
8.1	Preisparitätsklauseln	136
8.2	Neue Regelung seit 1. Dezember 2022	136
E	Rechtsschutz – Verfahrensrecht und Regeln über die Preisbekanntgabe	137
1	Verfahrensarten	137
2	Zivilrechtliches Verfahren	137
2.1	Übersicht	137
2.2	Anspruchsberechtigung	137
2.3	Rechtsansprüche	138
2.4	Zuständigkeit und Verfahren	139
3	Verwaltungsrechtliche Bestimmungen	141
3.1	Überblick	141
3.2	Preisbekanntgabe	141
3.3	Weitere UWG-relevante verwaltungsrechtliche Erlasse	143
4	Zusammenarbeit mit ausländischen Behörden	143
4.1	Zusammenarbeit (UWG 21)	143
4.2	Datenbekanntgabe (UWG 22)	143
5	Strafrechtliche Bestimmungen	144
5.1	Sanktionierte Tatbestände	144
5.2	Sanktionen	144
5.3	Rechte im Strafverfahren	144
6	Exkurs: Die Lauterkeitskommission	144
6.1	Aufgaben und Zweck	144
6.2	Grundsätze der Lauterkeit in der Werbung	145
6.3	«Rechtsprechung» der Schweizerischen Lauterkeitskommission	145
F	Internationales und Europäisches Lauterkeitsrecht	145
1	Internationalisierung des Wettbewerbsrechts	145
2	Internationales Recht	145

2.1	Die Pariser Verbandsübereinkunft	145
2.2	WIPO Model Provisions	146
2.3	TRIPS	146
2.4	OECD-Empfehlungen	146
2.5	ICC-Kodex zur Werbe- und Marketingkommunikation	147
3	Recht der Europäischen Union	147
3.1	Übersicht	147
3.2	Richtlinie 2005/29/EG	148
G	Zusammenfassung	150
H	Übungen	151
	Lösungen	157
	Lösungen zum 1. Teil	157
	Lösungen zum 2. Teil	158
	Lösungen zum 3. Teil	166
	Stichwortverzeichnis	173

Abkürzungsverzeichnis

a[Gesetz]	alte Fassung des betreffenden Gesetzes
AB	Aktiebolag (schwedische Aktiengesellschaft)
ABl.	Amtsblatt der Europäischen Union
Abs.	Absatz
AEUV	Vertrag über die Arbeitsweise der Europäischen Union in der Fassung des Vertrags von Lissabon vom 13. Dezember 2007 (ABl. C 306 vom 17. Dezember 2007, 1)
AG	Aktiengesellschaft
AGB	Allgemeine Geschäftsbedingungen
AJP	Aktuelle Juristische Praxis (Zürich/St. Gallen)
AlkG	Bundesgesetz über die gebrannten Wasser (Alkoholgesetz) vom 21. Juni 1932 (SR 680)
Art.	Artikel
Aufl.	Auflage
AWV	Verordnung über die Arzneimittelwerbung (Arzneimittel-Werbeverordnung) vom 17. Oktober 2001 (SR 812.212.5)
BAG	Bundesamt für Gesundheit
BankG	Bundesgesetz über die Banken und Sparkassen (Bankengesetz) vom 8. November 1934 (SR 952.0)
Bd.	Band
betr.	betreffend
BGB	Bürgerliches Gesetzbuch (Deutschland)
BGBM	Bundesgesetz über den Binnenmarkt (Binnenmarktgesetz) vom 6. Oktober 1995 (SR 943.02)
BGE	in der Amtlichen Sammlung publizierter Entscheid des Schweizerischen Bundesgerichts (Bundesgerichtsentscheid)
BGer	Bundesgerichtsentscheid (nicht in der Amtlichen Sammlung veröffentlicht)
BGG	Bundesgesetz über das Bundesgericht (Bundesgerichtsgesetz) vom 17. Juni 2005 (SR 173.110)
BGS	Bundesgesetz über Geldspiele (Geldspielgesetz) vom 29. September 2017 (SR 935.51)
BLS	Bern-Lötschberg-Simplon-Bahn
BMW	Bayerische Motoren Werke
BöB	Bundesgesetz über das öffentliche Beschaffungswesen vom 21. Juni 2019 (SR 172.056.1)
bspw.	beispielsweise
BV	Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft vom 18. April 1999 (SR 101)
BVGer	Bundesverwaltungsgericht

bzgl.	bezüglich
bzw.	beziehungsweise
ca.	circa
CEO	Chief Executive Officer (Hauptgeschäftsführer)
CHF	Schweizer Franken
CMLR	Common Market Law Review (Alphen aan den Rijn)
DesG	Bundesgesetz über den Schutz von Design (Designgesetz) vom 5. Oktober 2001 (SR 232.12)
dgl.	dergleichen
d.h.	das heisst
Diss.	Dissertation
E.	Erwägung
EBG	Eisenbahngesetz vom 20. Dezember 1957 (SR 742.101)
ECR	List of European Court of Justice rulings
EG	Europäische Gemeinschaft
EGV	Vertrag zur Gründung der Europäischen Gemeinschaft vom 25. März 1957 (2009 abgelöst durch den Vertrag von Lissabon, AEUV)
E-KG	Entwurf des Bundesgesetzes über Kartelle und weitere Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz) auf Grundlage der Botschaft des Bundesrats vom 24. Mai 2023 (www.seco.admin.ch → Wirtschaftslage & Wirtschaftspolitik → Wirtschaftspolitik → Wettbewerb → Kartellgesetz → Kartellgesetzrevision [2023])
et al.	et alii (und andere)
etc.	et cetera (und so weiter)
EU	Europäische Union
EuG	Gericht der Europäischen Union erster Instanz
EuGH	Europäischer Gerichtshof
EUR	Euro
EVD	Eidgenössisches Volkswirtschaftsdepartement (seit 2013 Eidgenössisches Departement für Wirtschaft, Bildung und Forschung)
evtl.	eventuell
EWG	Europäische Wirtschaftsgemeinschaft
EWR	Europäischer Wirtschaftsraum
f./ff.	und (fort)folgende/r (Seite[n], Randnummer[n] etc.)
FDV	Verordnung über Fernmeldedienste vom 9. März 2007 (SR 784.101.1)
FIDLEG	Bundesgesetz über die Finanzdienstleistungen (Finanzdienstleistungsgesetz) vom 15. Juni 2018
FinfraG	Bundesgesetz über die Finanzmarktinfrastrukturen und das Marktverhalten im Effekten- und Derivatehandel (Finanzmarktinfrastukturgesetz) vom 19. Juni 2015 (SR 958.1)
FINMA	Eidgenössische Finanzmarktaufsicht

FKVO	Verordnung (EG) Nr. 139/2004 des Rates über die Kontrolle von Unternehmenszusammenschlüssen (EG-Fusionskontrollverordnung) vom 20. Januar 2004
FMG	Fernmeldegesetz vom 30. April 1997 (SR 784.10)
FusG	Bundesgesetz über Fusion, Spaltung, Umwandlung und Vermögensübertragung (Fusionsgesetz) vom 3. Oktober 2003 (SR 221.301)
g	Gramm
GATS	Allgemeines Abkommen über den Handel mit Dienstleistungen (General Agreement on Trade in Services), Anhang 1.B zur Errichtung der Welthandelsorganisation vom 15. April 1994 (SR 0.632.20)
GATT	Allgemeines Zoll- und Handelsabkommen (General Agreement on Tariffs and Trade) vom 30. Oktober 1947 (SR 0.632.21)
GAV	Gesamtarbeitsvertrag
gem.	gemäss
ggf.	gegebenenfalls
GmbH	Gesellschaft mit beschränkter Haftung
GPA	Government Procurement Agreement (Revidiertes Übereinkommen über das öffentliche Beschaffungswesen) vom 15. April 1994 (SR 0.632.231.422)
GR-WEKO	Geschäftsreglement der Wettbewerbskommission (Geschäftsreglement WEKO) vom 15. Juni 2015 (SR 251.1)
GVO	Gruppenfreistellungsverordnung
HAVE	Haftung und Versicherung (Zürich)
HGer	Handelsgericht
h.L.	herrschende Lehre
HMG	Bundesgesetz über Arzneimittel und Medizinprodukte (Heilmittelgesetz) vom 15. Dezember 2000 (SR 812.21)
Hrsg.	Herausgeber
ICC	International Chamber of Commerce (Internationale Handelskammer)
i.d.R.	in der Regel
i.e.S.	im enge(re)n Sinne
Inc.	incorporated
inkl.	inklusive
insb.	insbesondere
IP	Internetprotokoll
IPRG	Bundesgesetz über das Internationale Privatrecht vom 18. Dezember 1987 (SR 291)
i.S.	in Sachen
i.S.(v.)	im Sinne (von)
IT	Informationstechnologie
i.V.m.	in Verbindung mit
IVöB	Interkantonale Vereinbarung über das öffentliche Beschaffungswesen vom 15. November 2019

KAG	Bundesgesetz über die kollektiven Kapitalanlagen (Kollektivanlagengesetz) vom 23. Juni 2006 (SR 951.31)
KFZ-Bek	Bekanntmachung über die wettbewerbsrechtliche Behandlung von vertikalen Abreden im Kraftfahrzeugsektor vom 29. Juni 2015
KG	Bundesgesetz über Kartelle und andere Wettbewerbsbeschränkungen (Kartellgesetz) vom 6. Oktober 1995 (SR 251)
kg	Kilogramm
KIG	Bundesgesetz über die Information der Konsumentinnen und Konsumenten (Konsumenteninformationsgesetz) vom 5. Oktober 1990 (SR 944.0)
KKG	Bundesgesetz über den Konsumkredit vom 23. März 2001 (SR 221.214.1)
KMU	kleine und mittlere Unternehmen
lit.	litera (Buchstabe)
LGV	Lebensmittel- und Gebrauchsgegenständeverordnung 16. Dezember 2016 (SR 817.02)
LMG	Bundesgesetz über Lebensmittel und Gebrauchsgegenstände (Lebensmittelgesetz) vom 20. Juni 2014 (SR 817.0)
Ltd.	Limited
LugÜ	Übereinkommen über die gerichtliche Zuständigkeit und die Anerkennung und Vollstreckung von Entscheidungen in Zivil- und Handelssachen (Lugano-Übereinkommen) vom 30. Oktober 2007 (SR 0.275.12)
m.a.W.	mit anderen Worten
max.	maximal
Mbit/s	Megabit/Sekunde
MessG	Bundesgesetz über das Messwesen (Messgesetz) vom 17. Juni 2011 (SR 941.20)
Mia.	Milliarde
mind.	mindestens
Mio.	Million
MSchG	Bundesgesetz über den Schutz von Marken und Herkunftsangaben (Markenschutzgesetz) vom 28. August 1992 (SR 232.11)
N	Randnote
Nr.	Nummer
NZZ	Neue Zürcher Zeitung
OECD	Organization for Economic Co-operation and Development (Organisation für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung)
OR	Bundesgesetz betreffend die Ergänzung des Schweizerischen Zivilgesetzbuches (Fünfter Teil: Obligationenrecht) vom 30. März 1911 (SR 220)
PatG	Bundesgesetz über die Erfindungspatente (Patentgesetz) vom 25. Juni 1954 (SR 232.14)
PBV	Verordnung über die Bekanntgabe von Preisen (Preisbekanntgabeverordnung) vom 11. Dezember 1978 (SR 942.211)
PG	Postgesetz vom 17. Dezember 2010 (SR 783.0)

PüG	Preisüberwachungsgesetz vom 20. Dezember 1985 (SR 942.20)
PVÜ	Pariser Übereinkunft zum Schutz des gewerblichen Eigentums, revidiert in Stockholm am 14. Juli 1967 (SR 0.232.04)
resp.	respektive
RPW	Recht und Politik des Wettbewerbs (Publikationsorgan der WEKO)
Rs.	Rechtssache
RTVG	Bundesgesetz über Radio und Fernsehen vom 24. März 2006 (SR 784.40)
Rz.	Randziffer
S.	Seite
SA	Société anonyme (Aktiengesellschaft)
Sàrl	Société à responsabilité limitée (Gesellschaft mit beschränkter Haftung)
SBB	Schweizerische Bundesbahnen
SBG	Schweizerische Bankgesellschaft (1862–1998)
SBV	Schweizerischer Bankverein (1854–1998)
SECO	Staatssekretariat für Wirtschaft
sic!	Zeitschrift für Immaterialgüter-, Informations- und Wettbewerbsrecht (Zürich), (bis 1996: SMI, siehe dort)
SJZ	Schweizerische Juristenzeitung (Zürich)
SLK	Schweizerische Lauterkeitskommission
SMA	Schweizerische Meteorologische Anstalt
SMI	Schweizerische Mitteilungen über gewerblichen Rechtsschutz und Urheberrecht (Zürich), (ab 1996: sic!, siehe dort)
sog.	sogenannt
SR	Systematische Sammlung des Bundesrechts
SRIEL	Swiss Review of International & European Law (Zürich)
StGB	Schweizerisches Strafgesetzbuch vom 21. Dezember 1937 (SR 311.0)
StPO	Schweizerische Strafprozessordnung (Strafprozessordnung) vom 5. Oktober 2007 (SR 312.0)
StromVG	Bundesgesetz über die Stromversorgung (Stromversorgungsgesetz) vom 23. März 2007 (SR 734.7)
SVKG	Verordnung über die Sanktionen bei unzulässigen Wettbewerbsbeschränkungen (KG-Sanktionsverordnung) vom 12. März 2004 (SR 251.5)
TabV	Verordnung über Tabakerzeugnisse und Raucherwaren mit Tabakersatzstoffen (Tabakverordnung) vom 27. Oktober 2004 (SR 817.06)
THG	Bundesgesetz über die technischen Handelshemmnisse vom 6. Oktober 1995 (SR 946.51)
TM	trade mark
TRIPS	Abkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights), Anhang 1C des Abkommens zur Errichtung der Welthandelsorganisation vom 15. April 1994 (SR 0.632.20)